

# Die Zeitungs- und Anzeiger (Erblasser und Anzeiger).

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Orzfa.

Montag, 18. April 1921, abends. 74. Jahrg.

Das Blatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustehgebühr, bei Anordnung des Postamtes monatlich 4.10 Mark eine Ausgabe. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Druck ist nicht zu leisten. Die Anzeigen sind zu belegen mit dem Namen des Auftraggebers, der Adresse und dem Namen des Bestellers. Die Anzeigen sind zu belegen mit dem Namen des Auftraggebers, der Adresse und dem Namen des Bestellers. Die Anzeigen sind zu belegen mit dem Namen des Auftraggebers, der Adresse und dem Namen des Bestellers.

**Kirchliche Einladung.** In einer morgen (Dienstag) abends 8 Uhr in der Riesecker Kirche stattfindenden... (Schließen Sie sich dem Kirchenvorstand an)

## Schuld verlangt Ständer und Garantien.

Man hätte erwarten sollen, daß die Nachricht, Deutschland werde in der Wiedergutmachungsfrage ein neues Angebot machen, in Frankreich mit einer gewissen Befriedigung aufgenommen worden wäre. Denn Frankreich kann in der Zeit nur dann vor dem finanziellen Zusammenbruch gerettet werden, wenn es gelingt, die deutschen Zahlungen mit amerikanischen Mitteln zu decken, was doch nur auf Grund eines freiwilligen deutschen Unterstellens unter die Wiedergutmachungsbedingungen möglich ist. Deutschland hat mit seinen jetzt vorbereiteten neuen Vorschlägen alles getan, was in seinen Kräften lag, um einen Konflikt am 1. Mai zu vermeiden. Was aber hat Herr Briand auf die Ankündigung der neuen deutschen Vorschläge geantwortet? Er hat seine massive Redeweise, die nur nach dem Befall der nationalpolitischen französischen Kammer zu hohem Scheitern noch verhängt. Grundtätig wagt er sich, Verhandlungen durch Mittelpersonen, ganz gleichgültig, wer diese seien, zu führen. Weder aus Furcht vor dem Eingreifen Amerikas, mit dem Briand in Verhandlung über die deutschen Reparationsforderungen so stark zurückweicht? Amerika hat durch sein Eingreifen den Krieg entschieden. Von ihm erwartet man auch jetzt die sofortige Realisation der deutschen Zahlungen, deren Frankreich bedarf. In den deutschen Vorschlägen geht es, wie es heißt, auch eine Übernahme der Schulden der Alliierten in Amerika durch Deutschland. Es ist selbstverständlich, daß hierzu die amerikanische Zustimmung nötig ist und daß man alle, bevor man derartige Vorschläge vorlegt, mit Amerika abklären muß. Gerade jetzt wird dem französischen „Matin“ gemeldet, daß Cardin wieder einen Vertreter an den Beratungen der Reparationskommission und des Völkerrechts teilnehmen lassen wolle. Briand wird also trotz der bekannten Angst vor dem Eingreifen Amerikas diesem eine gleichbedeutende Mitwirkung bei den Verhandlungen verweigern.

Briand will aber auch mit den offiziellen Vertretern Deutschlands nur verhandeln, wenn diese ihre Vorschläge durch Ständer und Garantien unterfüttern. Welcher Art diese Ständer sein sollen, hat Briand nicht gesagt. Aber in der französischen Presse ist klar und deutlich gesagt worden, daß man nur weiter verhandeln wolle, wenn Deutschland die eine Milliarde Gold, die noch in der Reichskasse liegt, als Pfand den Franzosen übergeben und für den Rest der französischen Forderungen Garantien durch Vorkaufnahmen gewähre. Welcher Art diese Garantien, diese Forderungen zu erfüllen, so will Frankreich das Ruhrgebiet besetzen und außerdem polnische Truppen in Oberschlesien einrücken lassen. Die Besetzung der deutschen Kohlengebiete ist heute nicht mehr als ein Druckmittel gedacht, um den Widerstand gegen die Pariser Forderungen zu brechen, sondern die französischen Journalisten haben unter Führung des Finanzministers Baurier einen Plan ausgearbeitet, durch den Frankreich jährlich drei Milliarden Goldmark aus einer Beherrschung der Kohlenproduktion des Ruhrgebietes herauszuholen hofft. Schließlich drohte Briand auch noch, daß Frankreich für die Reparationsforderungen, die aus der neuen Besetzung erwachsen würden, Entschädigungen und Kompensationen verlangen würde. Die Entwicklung der Dinge ist also heute bereits über die Pariser Beschlüsse hinausgewachsen. Deutschland hat nach Briands Willen nur noch die Wahl, entweder die Franzosen zu überliefern. Er ist unter diesen Bedingungen überhaupt noch möglich, direkte Verhandlungen mit Frankreich zu führen? Es wird immer klarer, daß Frankreich die Wiedergutmachung unter allen Umständen als Selbstzweck erachtet. Wenn Herr Briand nicht seine Verhandlungen noch in letzter Stunde in den Arm fallen, so wird es ihm gelingen, auch die neuen wohlgemeinten deutschen Vorschläge durch seine Politik des häßlichen Uberschneidens zu sabotieren. An einem neuen Willen, zur Verhandlung zu gelangen, zweifelt im Ernst niemand. Wenn Briand trotzdem seine Forderungen und Garantien fordert, bevor er überhaupt verhandeln will, so heißt das nichts anderes, als daß er entschlossen ist, die Gewalt an die Stelle des Verhandlung zu setzen. Niemand in der Welt weiß aber heute, in welchem Maß die Politik der Gewalt bis zum äußersten nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa noch härzen wird.

**Sie neue internationale Konferenz?** Pariser Blätter melden, daß eine internationale Konferenz unmittelbar bevorstehe, die in London stattfinden soll. Es wird insbesondere die Reparationsfrage und die oberste Frage erörtert werden. Da die neuen deutschen Vorschläge nicht das enthalten, was man mit Recht fordern kann, werde auch über die Durchführung französischer Reparationsforderungen beraten werden. — Die „Chicago Tribune“ berichtet basierend auf Gerüchten, daß die nächste Konferenz am 15. Mai in London stattfinden werde; da nach dem ersten beiden Sitzungen die Zwangsmassnahmen gegen Deutschland bereits durchgeführt würden, sei man überzeugt, daß Deutschland diesen vollenenden Tatsachen gegenüber bereitwillig sein werde, erstere Vorschläge zu machen. — Die „Paris Herald“ meldet, daß in der Konferenz in Paris am Freitag beschlossen worden, eine gemeinsame Kommission einzusetzen, die die Vorschläge ausarbeiten soll, die nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollen, wenn Deutschland nicht nach dem Friedensvertrag von Versailles seine Verpflichtungen bis dahin erfüllt. Diese gemeinsame Kommission wird am Montag aus Paris abgehen, an der u. a. Marshall, Foch und General Besson, Baurier und Goddard teilnehmen werden.

die Vorschläge Deutschlands durch einen neutralen Vermittler erhalten. Der wesentliche Inhalt der Vorschläge ist, wie das Blatt zu wissen glaubt, der Plan einer internationalen Anleihe und die Übernahme der Entente-Schulden an Amerika durch Deutschland. Die Vereinigten Staaten werden eine inoffizielle Delegation nach Europa schicken, um sich bei den Beratungen der Alliierten über die Reparationsfrage und die anderen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag stehen, vertreten zu lassen. Eine irrtümliche Schätzung. Die Reparationskommission hat von der deutschen Delegation die Befähigung empfangen, daß die deutschen Schätzungen, monach Deutschland bereits 20 Milliarden gezahlt habe, nicht richtig sind. Nach den Schätzungen der Kommission hat Deutschland an die Alliierten 2 153 845 £. Waren geliefert, wogegen Deutschland behauptet hatte, 4 600 000 £. geliefert zu haben. Während Deutschland bisher die Zahlen der Reparationskommission bestritten hatte, erkennt es jetzt deren Richtigkeit an, dagegen noch nicht, daß diese 2 153 845 £. nur einen Wert von 495 699 300 Mark in Gold darstellen. Von Deutschland wird behauptet, daß der Wert vierzehn Mal so hoch ist.

**Briands Besuch in Amerika.** Nach einer Landbesuchung aus Washington soll Briand beim Abschiedsbesuch Briands erklärt haben, er schäme sich nicht über den Meinungsaustausch zwischen den beiden Republikanern, und versichert haben, daß Frankreich in der Reparationsfrage, von der seine Wiederaufbauung abhängt, auf die energische Mitwirkung der Vereinigten Staaten rechnen könne.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**Die Sozialdemokratie gegen die Pariser Beschlüsse.** Es unterstreicht die Mehrheitssozialdemokratie vornehmlich von ihren radikaleren Brüdern, daß sie es besser versteht, sich auf den Boden der politischen Tatsachen und Notwendigkeiten zu stellen. In einer Versammlung der Großhainener Funktionäre und Vertrauensleute der Mehrheitssozialdemokratie wurde, nach einem Referat des Abg. Deimann über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Wiedergutmachung, mit größter Mehrheit betont, daß die deutsche Arbeiterklasse zwar bereit sei, die volle Verantwortung für alle berechtigten Wiedergutmachungsforderungen zu übernehmen, daß aber die Pflicht zur Wiedergutmachung nur bis zu einer bestimmten Grenze gehen dürfe, jenseits derer sie die deutsche Arbeiterklasse auf Generationen hinaus zu wirtschaftlicher Verfallung zum Nutzen einer bestimmten Mindergruppe, führen müsse. Im übrigen bewegten sich die Vorschläge im Rahmen der bisherigen Verhandlung mit der internationalen Arbeiterklasse, die ja zum eisernen Bestandteil der sozialistischen Weltanschauung gehört. Selbstverständlich dürfte bei dieser Gelegenheit, so beklagte es auch, nicht der Dief gegen rechts fehlen. In der Entschließung wurde gesagt, die deutsche Arbeiterklasse lehne jede Gemeinschaft mit dem Nachgeschrei und dem Sabelrasseln der deutschen Reichsparteien ab. Als ob sich durch eine Betonung der Solidarität mit der Zweiten Internationale die Anwendung militärischer Gewalt und der Sanktionen vermeiden ließe. Ob sich auf diesem Wege die allgemein angekehrte Revision des Friedensvertrages ermöglichen lassen wird, ist schon deshalb sehr zweifelhaft, weil dies sich ganz bestimmt nicht durch die platonischen Erklärungen irgend einer Bevölkerungsklasse erreichen lassen wird, sondern nur von unten heraus, d. h. wenn die Väter des Pariser Vertrages erlaffen haben, daß das Behalten an Pariser Vertrag notwendig in eine Sackgasse führen muß. Es dürfte interessant sein zu erfahren, welche Stellung die Unabhängigen in dieser Frage einnehmen; vermutlich dürfte nach den Erfahrungen der letzten Zeit, besonders aber nach den grundsätzlichen Beschlüssen des Haller Parteitag, kein großer Unterschied mehr vorhanden sein.

**Zur Verhaftung von Odla.** Wie die „E. Z. am Freitag“ weiter zu der Verhaftung von Max Odla erzählt, hatte die Kriminalpolizei ermittelt, daß er sich schon seit mehreren Wochen in Berlin aufhalte. Er wurde vor zwei Tagen in einer Pension im Westen entdeckt. Kurz vor seiner Verhaftung war es ihm jedoch gelungen, wieder zu entkommen. In der Nacht zum Sonnabend beobachteten zwei Vollzugsbeamte, wie Odla, der versucht hatte, durch Abnahme des Bartes und Kurzschnitten des Haupthaars, sowie durch eine Horndicke sich unkenntlich zu machen, ein Caféhaus aufsuchte; als er dieses zusammen mit einem Begleiter verließ, wurden beide von den Beamten festgenommen. Auf die Frage, wer er sei, erwiderte er, das wüßte er ebenso gut wie er; sie brachten ihn nur im Bahndienstbüro nach. Als ihm auf den Kopf geschlagen wurde, daß er Odla sei, gab er dies zu. Die Beamten wurden nach dem Vollgeprädium gebracht. Die Polizei sucht nach drei Koffern, die Odla mit sich führte und in denen man außer den geraubten Geldern und Wertpapieren das gesamte Material über die Organisation des Ruhrkampfes vermutet. — Eine andere Meldung besagt: Die Polizei ermittelt, daß letzte Quartier von Odla in der Strömberger Straße und Beschlagsnahme dort das Geld des Bandenführers, das war fünfzehntausend Mark und Wäsche, aber keine Papiere ergriffen. Odla wurde in das Berliner Untersuchungsgefängnis überführt wegen Spionage und Verdrehen gegen das Doyenamt.

**Einmalige Sitzung des Reichsausschusses.** Da von kommunistischer Seite immer von neuem die Behauptung aufgestellt wird, der Oberministerialrat sei im Berliner Volkspräsidium einem Vorzug zum Opfer gefallen, das sich der Volkspräsident zum Zweck der ihm unterstellten Beamtung und im Interesse einer gerechtfertigten Klärung der Angelegenheit entschlossen, gegen die Verleumdung der genannten

Behauptung Strafantrag zu stellen. Zunächst ist Strafantrag gegen die verantwortliche Schriftleitung der „Roten Fahne“ sowie gegen verschiedene kommunistische Redner in Versammlungen des Stadiparlamentes gestellt worden.

**Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit.** Die Anhaltische Regierung hatte beim Reichsministerium des Innern beantragt, die Frage der Erhebung einer Schulsteuer zur Durchführung der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit zu prüfen. Sie hat daraufhin von der Regierung des Reiches den Bescheid erhalten, daß das Reichsministerium den Antrag beifolgend an den Reichstag weitergeben wird. Eine Konferenz der Länder wird demnächst sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigen.

**Erzberger laucht wieder auf?** In politischen Kreisen der württembergischen Heimat des ehemaligen Reichsfinanzministers Erzberger verläutet, daß Erzberger demnächst gerechtfertigt aus dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren hervorgehen und dann seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen wird. Vermutlich ist das Steuerverfahren gemeint.

**Für ein ausgeglichenes Österreich.** Eine maßvolle Rundgebung, an der viele Tausende teilnahmen, fand gestern in Berlin im Lustgarten für die Erhaltung Österreichs für Deutschland und für Österreichs Anreizbarkeit statt. Es wurden Reden gehalten und nationale Lieder gesungen. Zum Schluß zogen die Teilnehmer in langen Sägen mit Musik durch die Hauptstraßen. In den Sägen wurden viele Tafeln getragen, deren Aufschriften gegen den polnischen Terror und gegen die Vergewaltigung der deutschen Stimmberechtigten in den Kreisen Rüdmit und Plesch protestierten. — Der österreichisch-deutsche Volksbund veranstaltete gestern im ganzen Reich große Kundgebungen der in Deutschland lebenden Tiroler und Deutsch-Österreicher für die bevorstehende Volksabstimmung in Tirol und die Vereinigung ihres Heimatlandes mit dem Deutschen Reich. In Berlin fand diese Veranstaltung in den Kammerlichtspielen statt, deren großer Saal bald überfüllt war.

**Die angekündigte Einleitung der Verhandlungen durch Deutschland.** In französischen Zeitungen wird die Mitteilung gebracht, daß die deutschen Verhandlungen nach einer Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission eingeleitet worden seien. In Wahrheit ist von der deutschen Regierung gegeben worden, die Preise festzusetzen, die für das gelieferte Reich an Deutschland gezahlt werden sollen. Die Reparationskommission hat darauf geantwortet, daß die Preisfrage mit der Befragung nach ihrer Ansicht nichts zu tun habe, daß jedoch über die bewilligten Preise demnächst eine Mitteilung erfolgen würde.

**Ein Auslieferungsbefehl an den Reichskommissar des besetzten Gebietes.** Von zuverlässiger Seite erhält die Frankfurter Zeitung folgende Mitteilung: Die Reichsregierung beschäftigt sich zur Zeit mit einem Ersuchen der internationalen Kommission des Rheinlandes an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete. Darin wird der Reichskommissar ersucht, einige Personen, die wegen Vergehens gegen die Besatzungsstruppen von den alliierten Behörden verurteilt worden sind und seitherzeit ins unbesetzte Deutschland entkommen sind, auszuliefern. Für diese Auslieferung wird eine Frist von 10 Tagen gestellt. Für den Fall, daß das Erfordernis abgelehnt werden sollte, wird mit der Ausweisung des Reichskommissars gedroht.

### Republik Österreich.

**Wichtige Kundgebung für Anschluss an Deutschland.** Die gestern in Wien stattgefundene Kundgebung aller Stände für den Anschluss an Deutschland gestaltete sich trotz des regnerischen Wetters zu einer äußerst machtvollen Demonstration, an welcher viele Tausende teilnahmen. In geschlossenen Sägen zogen die Teilnehmer unter Vorantritt von Musiktruppen und Tafeln mit Aufschriften für den Anschluss an Deutschland vor dem Rathaus auf. Redner aller Parteien und Stände verwiesen unter kühnlichem Beifall darauf, daß der Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain Österreich das Recht gebe, an den Völkerbund bezüglich des Anschlusses an Deutschland zu appellieren. Die Alternativpolitik des Bundeskanzlers Dr. Maier: Kredithilfe oder Anschluss sei eine falsche. Zur Kredithilfe seien die Alliierten verpflichtet, zur Anschlusspolitik sei Österreich berechtigt. Der deutschösterreichische Vizekanzler Schönbauer forderte in flammenden Worten den Anschluss an Deutschland auf und erklärte, daß die Katholiken auch in religiöser Beziehung durch den Anschluss an Deutschland nichts zu fürchten haben. Redner sprach die Höhe des Rüstungswahns der Versammelten vor, die sie mit entblößtem Haupt und erhobenen Schwurhänden begeistert nachsprachen. In der einhellig angenommenen Entschließung wird der Nationalrat und die Regierung aufgefordert, die Vorbereitungen für eine Bundesabstimmung bezüglich des Anschlusses bis längstens Mitte Mai zu treffen. Die Volksabstimmung soll in ganz Österreich durchgeführt werden, um der ganzen Welt zu zeigen, daß Österreich der Anschluss will. Die Versammelten formierten sich in langem Zug und zogen unter Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ vor dem Parlament vorbei zum Schwarzenbergplatz, wo sich der unablässige Zug nach Abhängen nationaler Lieder und Sprechern für den Anschluss aufhielt.

### England.

**Zur Streikfrage.** Alle Blätter, mit Ausnahme des „Daily Herald“, sind zurückbekehrt über die Streikfrage. Allgemein steht man dem Beschluß der Eisenbahn- und Transportarbeiter als einen Schlag für den Dreikönig an. Es hat allen Anschein, als ob Thomas die Belegenheit wahr genommen hat, sich dem Streik zu entschließen, der für ihn von Anfang an nur eine Probeung gemeint ist. Es freut sich viele und mehr daraus, daß die große Mehrheit der Arbeiter des Dreikönigs sich nicht unter die extremistischen Führer stellen wollte. „Daily Herald“ droht mit Enthaltungen. Einige Bergarbeitervereinigungen sind am Ende ihrer